



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 7. Juni 2011 (08.06)  
(OR. en)**

**10622/1/11  
REV 1**

**LIMITE**

**JAI 353  
ECOFIN 282  
TRANS 155  
RELEX 559  
ECO 72  
PESC 670  
COTER 47  
ENFOPOL 164  
COSDP 517  
PROCIV 71  
ENER 119  
ATO 50  
DATAPROTECT 57  
TELECOM 76  
CODUN 11  
CONOP 37**

**VERMERK**

---

des EU-Koordinators für die Terrorismusbekämpfung  
für den Rat/Europäischen Rat

---

Betr.: Strategie der EU zur Terrorismusbekämpfung – Diskussionspapier

---

***Einleitung***

Osama Bin Laden ist tot. Der Mensch Bin Laden wurde bei einem Einsatz amerikanischer Spezialeinsatzkräfte in den Morgenstunden des 2. Mai getötet, seine Idee jedoch erhielt einen vernichtenden Schlag durch die Umbrüche im Nahen Osten, die deutlich gemacht haben, wie irrelevant Al-Qaidas Antworten auf die Ungerechtigkeiten in der muslimischen Welt sind. Zwar ist unklar, welche Bedeutung er persönlich noch hatte, aber er war gewiss zu einem lebenden Symbol der Ideologie des von ihm begründeten Al-Qaida-Netzwerks geworden. Al-Qaida wird auch weiterhin alles tun, um Bin Ladens Image auszunutzen, und der Tod als solcher war schon oft ein medialer Vorteil.

Physisch wird Bin Laden nicht wiederauferstehen können. Wir müssen nun gewährleisten, dass auch seine Ideen unwiederbringlich verschwinden – und mit ihnen die terroristischen Vereinigungen, die sie hervorgebracht haben.

Bin Ladens Tod bedeutet nicht das Ende für Al-Qaida als Organisation und noch weniger für ihre Ableger in Jemen, der Sahelzone und anderswo. Wie von mir bereits in früheren Papieren ausgeführt, gibt es eine andauernde Bedrohung, die ständig neue Formen annimmt. Infolge des Todes von Bin Laden wird ein Kampf um seine Nachfolge entbrennen, der möglicherweise mit Anschlägen einhergeht, da die verschiedenen Akteure ihre Macht und ihr unverändertes Gewicht unter Beweis stellen wollen. Der Tod Bin Ladens an sich könnte auch ein auslösendes Moment dafür sein, dass radikalisierte Einzelpersonen die Schwelle zur Gewalt überschreiten. Wir müssen wachsam bleiben, dabei aber darauf achten, dass unsere Reaktion nicht Teil des Problems wird. Es besteht das Risiko, dass wir der Kern-Al-Qaida zu neuer Attraktivität verhelfen, indem wir ihre Bedeutung überbetonen.

Wir haben jedoch jetzt Gelegenheit, mit unserer Argumentationslinie gegen Al-Qaidas Ideologie wirklich voranzukommen. Die Notwendigkeit, nach dem Tod Bin Ladens schnell zu reagieren, hat gezeigt, wie potenziell nützlich die Systeme sind, die wir aufzubauen versucht haben, um die Kommunikationsbeauftragten im Bereich der Terrorismusbekämpfung zu vernetzen. Wenn sich die Ereignisse des 11. Septembers zum zehnten Mal jähren, bietet sich uns die ideale Gelegenheit, ein Gesamtbild dessen zu zeichnen, was wir in diesem Zusammenhang tun, und dabei zu zeigen, wie ein Anschlag, der eigentlich auf ein Auseinanderbrechen unserer Gesellschaft abzielte, uns in Wirklichkeit stärker gemacht hat (siehe Herausforderung I).

Die gegenwärtige Lage in Nordafrika birgt potenziell große Risiken, sie bietet aber auch eine große Chance. Der Erfolg der Europäischen Union nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wird daran gemessen werden, wie effektiv wir auf diese außergewöhnlichen Möglichkeiten reagieren können, was gleichbedeutend mit der Frage ist, wie erfolgreich wir die damit verbundenen Risiken bewältigen können. Die Art und Weise, wie die autokratischen Regime des Nahen Ostens in der Vergangenheit funktionierten – mit ihren repressiven und frei agierenden Sicherheitsdiensten und der Nichtachtung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten –, hat letztlich Bedingungen geschaffen, die der Verbreitung des Terrorismus und einer Radikalisierung sehr zuträglich waren. Regierungen, die auf die Bedürfnisse der Menschen reagieren und die Bevölkerung repräsentieren, die sich auf Rechtsstaatlichkeit stützen und die Menschenrechte achten, sind das beste Mittel, Missstände zu bekämpfen, die den Nährboden für Terrorismus bilden können. Allerdings reicht Demokratie allein nicht aus: Kriminalität, Terrorismus und religiöse Spannungen bestehen durchweg auch in seit langem funktionierenden Demokratien. Nach wie vor gibt es innerhalb und außerhalb der Region gewalttätige extremistische Vereinigungen, die weiterhin gegen Europa und die europäischen Interessen agieren werden. In Tunesien wurden bereits Personen verhaftet, die offenbar in Verbindung mit Al-Qaida im Islamischen Maghreb stehen.

Unabhängig davon, ob die Verbindung wirklich vorhanden ist oder nur vorgetäuscht – sie ruft uns jedenfalls in Erinnerung, dass ein Ableger von Al-Qaida in dem Gebiet aktiv ist. Ganz allgemein erwarten wir von der neuen ägyptischen Regierung, dass sie in der Lage ist, Demonstrationen wirksam zu kontrollieren und die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, was den Schutz von Minderheitenrechten einschließt, doch muss dies so geschehen, dass kein Anlass zu Besorgnis hinsichtlich der Menschenrechte besteht. Eine solche Erwartungshaltung setzt voraus, dass wir der ägyptischen Regierung dafür zumindest unsere Unterstützung anbieten. Am 15. Mai 2011 musste die ägyptische Armee zum Schutz der Botschaft Israels tödliche Gewalt anwenden. Wir müssen Ägypten dabei helfen, bessere Wege zu finden.

Wir stehen ganz klar vor einem Dilemma, wenn wir entscheiden müssen, ab welchem Zeitpunkt die Institutionen in diesen Ländern einen Grad an Legitimität erreicht haben, der es rechtfertigt, dass wir mit ihnen Gespräche über derartige Kernfragen der militärischen Sicherheit aufnehmen. Für unsere arabischen Partner im Reformprozess ist dieses Dilemma genauso groß wie für uns. In der EU haben wir jedoch umfassende Erfahrung mit der praktischen Wirklichkeit bei der Reform totalitärer Sicherheitsstrukturen hin zu einem Sicherheits- und Justizsystem, das Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte achtet; diese Erfahrung rührt von der Öffnung Osteuropas nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Historische Vergleiche sind niemals ganz korrekt, und manchmal wird geltend gemacht, dass ein erheblicher Unterschied darin besteht, dass der Reformprozess in Osteuropa stets auf die EU-Mitgliedschaft abgezielt hat. Die Länder der arabischen Welt könnten sich an den Erfahrungen der mittel- und osteuropäischen Länder mit einem erfolgreichen Wandel orientieren, sie könnten aber auch nach anderen Modellen suchen. Wir sollten sie bei dieser Suche unterstützen, dürfen dabei aber nicht vergessen, dass diese Modelle sich in jedem Fall in den Rahmen der international anerkannten Normen der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, für die die EU eintritt, einfügen müssen. Es sollte es uns nicht verwundern, dass die Antworten, die sie finden, wahrscheinlich Ähnlichkeit mit den Modellen haben, die von anderen reformorientierten Ländern, mit denen die EU bereits eng zusammenarbeitet, angewandt werden. Auch wenn es für Einzelheiten noch zu früh ist, so müssen wir doch in den nächsten Monaten ein umfassendes Modell für die Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors – und parallel dazu die Reform des Justizwesens – gemeinsam mit den entstehenden demokratischen Regierungen der arabischen Welt entwickeln. Ich begrüße es, dass die Reform des Sicherheitssektors und der Strafverfolgung in die gemeinsame Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin mit dem Titel "Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel" unter dem Abschnitt "Unterstützung 'vertiefter Demokratie'" aufgenommen wurde. Außerdem sehe ich erwartungsvoll dem politischen Dialog entgegen, der im Laufe dieses Jahres zum Thema Justiz und Inneres im Rahmen des Stockholmer Programms stattfinden soll.

Zwar gilt die Aufmerksamkeit Europas derzeit in hohem Maße Nordafrika, doch die Umstände des Todes von Bin Laden zeigen auch, welche tiefgehenden Problemen wir gemeinsam mit Pakistan gegenüberstehen. Nirgends in der Welt besteht im Kontext der Terrorismusbekämpfung ein größerer Bedarf an wirksamen, reaktionsfähigen Strukturen der Ziviljustiz und Zivilpolizei als in Pakistan. Terrorismusbekämpfung in Pakistan muss nicht nur in den Stammesgebieten, sondern auch in den Städten stattfinden, und die Armee allein kann nicht wirksam agieren.

Die EU hat damit begonnen, sich in dem sensiblen Bereich der Unterstützung der zivilen Rechtsdurchsetzung zu engagieren, doch wird für einen langfristigen Erfolg anhaltende und zunehmende Unterstützung nötig sein. Dies ist nicht allein eine finanzielle Frage; in Anbetracht des Ausmaßes der Veränderungen, die eine solche Verschiebung der Macht hin zum Zivilsektor für Pakistan bedeutet, wird es politischer Unterstützung auf den höchsten Ebenen bedürfen. Wir könnten erwägen, für unsere Unterstützung der Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in Pakistan eine umfassende Strategie zu erarbeiten, bei der Aspekte der Terrorismusbekämpfung von allgemeineren Maßnahmen zur Verbesserung des Justizsystems flankiert werden.

### ***Gegenwärtige Herausforderungen***

Wie immer wird in der EU viel getan, um den Herausforderungen des Terrorismus zu begegnen. Nachstehend erläutere ich, worin meiner Auffassung nach in den kommenden Monaten die wesentlichen Herausforderungen bei der Entwicklung von Maßnahmen in der Union zur Terrorismusbekämpfung bestehen. Zusätzlich dazu gibt es eine Reihe größerer Dossiers, zu denen die Arbeiten schon gut vorangeschritten sind; insbesondere berät der Rat derzeit den Kommissionsvorschlag für ein Fluggastdatensatzsystem der EU. Dieser Vorschlag ist ein hervorragendes Beispiel für die Art der Informationserfassung, die nötig ist, um den immer vielfältigeren Formen der terroristischen Bedrohung beikommen zu können. Das Reiseverhalten beispielsweise, das von Visums- und Buchungsangaben abgeleitet werden kann, bietet die Möglichkeit, Personen aufzuspüren und zu beobachten, die terroristische Ausbildungslager in Konfliktgebieten besuchen und dann nach Europa zurückkehren.

Andere Themen, an denen hinter den Kulissen gearbeitet wird, werden im Laufe des Jahres in den Vordergrund treten. Eine dieser Fragen ist die eingangs erwähnte Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors in Nordafrika. Die GD Inneres arbeitet zurzeit intensiv an einem Vorschlag für ein dem TFTP vergleichbares EU-System und wird dazu im Juli dieses Jahres ein Optionspapier vorlegen. Ich habe mich bereits in der Vergangenheit zur Wichtigkeit solcher Initiativen geäußert, und ich werde mit den beteiligten Akteuren zusammenarbeiten, um sie auch in Zukunft voranzubringen. Außerdem freue ich mich auf die weitere Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament, durch die gewährleistet werden soll, dass der Beitrag, den die EU-Organe zur Terrorismusbekämpfung innerhalb und außerhalb der EU leisten können, effektiv erbracht und beaufsichtigt wird. Insbesondere stelle ich fest, dass der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres wachsendes Interesse daran zeigt, die EU-Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung zu bewerten. Ein pragmatischer und effektiver Weg, der Forderung des EP nach mehr Bewertung nachzukommen, könnte darin bestehen, dass die Kommission einen Gesetzgebungsvorschlag zur Durchführung von Artikel 70 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU unterbreitet.

Ein wesentlicher Vorteil einer Strategie zur Terrorismusbekämpfung besteht darin, dass sie die stetige und konsequente Umsetzung von Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung anstelle einer bloßen Reaktion auf etwaige Krisen erlaubt. Die Terrorismusbekämpfung setzt allerdings auch eine wirksame Krisenbewältigung voraus. Die entsprechenden EU-Strukturen und -verfahren sind derzeit im Fluss und die mit der Terrorismusbekämpfung befassten Kreise müssen dafür sorgen, dass sie sich aktiv an den verschiedenen Foren, in denen über die unterschiedlichen Dimensionen und künftigen Aspekte diskutiert wird, beteiligen. Die Solidaritätsklausel wird Gegenstand einer gemeinsamen Mitteilung der Kommission und des EAD sein (eventuell bis Ende 2011); die vorgeschlagenen Durchführungsvereinbarungen werden sowohl für Naturkatastrophen als auch für vom Menschen verursachte Katastrophen gelten. Der Mechanismus der Krisenkoordinationsregelungen (CCA) wird derzeit überarbeitet und der AStV erwartet die Antwort auf seine Frage, ob die Krisenkoordinationsregelungen den geeigneten Mechanismus für die interne Krisenreaktion der EU bieten. Das Katastrophenschutzverfahren und ARGUS werden bis Ende 2011 überarbeitet. Die Kommission hat überdies Vorschläge für die Zukunft des Beobachtungs- und Informationszentrums und die Schaffung eines EU-Koordinierungszentrums für Katastrophenhilfe unterbreitet. Über die künftige Organisation des EU-Lagezentrums (SitCen), insbesondere seine Krisenkoordinationsabteilung, und eine etwaige Ansiedlung an anderer Stelle innerhalb des EAD wird ebenfalls nachgedacht. Die EU muss intern einen kohärenten und strategischen Krisenreaktionsansatz verfolgen, und wir müssen dafür Sorge tragen, dass der Aspekt der Terrorismusbekämpfung dabei nicht vernachlässigt wird.

Ich werde in künftigen Diskussionspapieren auf diese Herausforderungen zurückkommen.

## ***Herausforderung I: Prävention – Entwicklung eines Konzepts und Widerlegung der Argumentationslinie der Terroristen***

Die Prävention bleibt die größte Herausforderung und der schwierigste Aspekt der EU-Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus. Wir sollten die intern und auch in Drittstaaten gesammelten Erfahrungen der Mitgliedstaaten, die zusammengetragenen Erkenntnisse, die bewährten Praktiken und die Praktiken, die sich nicht bewährt haben, systematisch auswerten und dann analysieren, warum bestimmte Konzepte erfolgreich bzw. nicht erfolgreich waren, um so unsere Erkenntnisse darüber zu erweitern, was für erfolgreiche Maßnahmen ausschlaggebend ist. Dies ist besonders wichtig, da sich in mehreren Mitgliedstaaten der politische Kontext in Bezug auf die "multikulturelle" Gesellschaft ändert und die Präventionskonzepte überarbeitet werden. Wir sollten weiterhin mit Diaspora-Gemeinschaften zusammenarbeiten, nicht nur um sie gegen terroristische Propaganda zu feien, sondern auch um sie in die externe Dimension der Prävention einzubeziehen.

Der Ausbau unseres Fachwissens über Prävention ist vor allem deshalb erforderlich, weil die Prävention als neues Element in die externe Unterstützung der EU zur Terrorismusbekämpfung aufgenommen wird, beispielsweise im Kontext der Sahel-Strategie. Die Umstände, die die Verbreitung von Terrorismus begünstigen, sollten im Rahmen der Entwicklungshilfe (z.B. Beschäftigungs- und Bildungsmöglichkeiten) angegangen werden, gezielte Maßnahmen zur Prävention und Rehabilitation im Rahmen der Terrorismusbekämpfung sind heikel und bedürfen deshalb sorgfältiger Planung. Um die EU in die Lage zu versetzen, effektive Maßnahmen mit den richtigen Partnern vor Ort zu konzipieren, sollten zunächst sozialwissenschaftliche Feldstudien in Drittländern durchgeführt werden, um auf der Grundlage eines statistisch relevanten Informationsbestands die Art und die Tragweite der Problematik, die bestehenden Erkenntnisse vor Ort, die Akteure, bewährte Praktiken sowie die Mediennutzung zu ermitteln und herauszufinden, wie die Bevölkerung vor Ort reagiert und über diese Probleme denkt. Das Ergebnis solcher Feldstudien würde auch praktische Empfehlungen für Maßnahmen umfassen.

In einer Reihe von Drittstaaten tragen Verstöße gegen die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit sowie Repressionen durch Regierungsstellen im Kampf gegen den Terrorismus wesentlich zur Radikalisierung bei. Solche Maßnahmen werden zwar zur Terrorismusbekämpfung ergriffen, aber im Grunde schaffen sie selbst die Voraussetzungen, die eine Ausbreitung des Terrorismus begünstigen. Wenn die EU Dialoge über die Terrorismusbekämpfung mit Drittstaaten vorbereitet und führt, sollte sie prüfen, wie die Aspekte Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit strategisch am besten einzubinden sind. Der Aufbau von Kapazitäten zur Terrorismusbekämpfung unter Wahrung der Menschenrechte sollte eine wesentliche Komponente der EU-Hilfe zum Kapazitätenaufbau zur Terrorismusbekämpfung für Drittländer darstellen.

Ich begrüße die Initiative der Kommission – wie in der "EU-Strategie der inneren Sicherheit" erläutert –, die Prävention in den kommenden Jahren in den Mittelpunkt zu rücken und die Schaffung eines EU-Aufklärungsnetzwerks gegen Radikalisierung zu unterstützen. Ich fordere die Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen auf, sich an diesem Netzwerk aktiv zu beteiligen und einen Beitrag dazu zu leisten; es wird ein wichtiges Forum bilden, in dessen Rahmen Praktiker zusammentreffen, Erfahrungen, Erkenntnisse und bewährte Praktiken ausgetauscht werden und unser Verständnis für die verschiedenen Aspekte der Prävention, einschließlich der Widerlegung der Argumentationslinie der Terroristen, vertieft wird. Ich sehe der Zusammenarbeit mit diesem Netzwerk mit Interesse entgegen und bin der Überzeugung, dass es einen wichtigen Beitrag zur Optimierung der Präventionsmaßnahmen der EU leisten kann.

Wir sollten ferner weiterhin mit Drittländern und internationalen Organisationen Erfahrungen und bewährte Praktiken austauschen, insbesondere mit den VN, die interessante Initiativen eingeleitet haben, um dem Terrorismus die Attraktivität zu entziehen (UNICRI) und die Argumentationslinie der Terroristen zu widerlegen (Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung – CTITF); diese Initiativen verdienen unsere Unterstützung.

Die EU und die USA haben 2010 begonnen, im Rahmen der EU-USA-Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus im Bereich Prävention zusammenzuarbeiten. Da die EU und die USA vor ähnlichen Herausforderungen stehen und das Interesse an diesem Thema in den USA wächst, eignet sich dieser Bereich gut für den Ausbau der Kooperation zwischen der EU und den USA. So nahmen beispielsweise Anfang 2011 Vertreter von einschlägigen Regierungsstellen der USA, Wissenschaftler sowie Vertreter der EU-Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen an einem erfolgreichen Workshop über Somalia teil, bei dem sowohl externe als auch interne Gesichtspunkte, unter anderem Diaspora-Gemeinschaften, behandelt wurden und bei dem sich mehrere Aspekte ergeben haben, die möglichst bald weiterverfolgt werden sollten.

### **Empfohlene Maßnahmen:**

- Wir sollten das Netzwerk der Kommunikationsbeauftragten im Bereich der Terrorismusbekämpfung wieder mit neuem Leben erfüllen. Eine gemeinsame Strategie und gemeinsame Botschaften zum zehnten Jahrestag des 11. September wären dafür eine günstige Gelegenheit.

- Adäquate Mittel sollten für die Prävention innerhalb der EU und für Drittstaatenhilfe bereitgestellt werden.
- Die Umsetzung der Sahel-Strategie könnte als Modellfall für die umfassende Einbeziehung der Prävention dienen – COAFR und COTER würden eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung von Maßnahmen spielen, die sich auf die Ergebnisse einer Feldstudie stützen und durch eine Entwicklungshilfe, die bei den die Ausbreitung des Terrorismus begünstigenden Voraussetzungen ansetzt, ergänzt werden.
- Angesichts der wachsenden Bedeutung Jemens und der von Jemen aus agierenden Propagandisten sollten wir, sobald es die Sicherheitslage erlaubt, die Entradikalisierungsmaßnahmen in Jemen stärker unterstützen.
- Die EU und die Mitgliedstaaten sollten eine stärkere Unterstützung der Präventionsanstrengungen der VN in Erwägung ziehen; dazu gehören auch die Arbeiten einiger EU-Mitgliedstaaten in Kooperation mit dem VN-Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung zur Einrichtung einer Bibliothek zur Widerlegung der Argumentationslinie von Terroristen.
- Es sollten weitere EU-USA-Workshops organisiert werden. In diesem Zusammenhang erscheint Pakistan für einen Erfahrungsaustausch besonders interessant.
- Im Anschluss an das EU-USA-Seminar über Somalia sollte gemeinsam mit Regierungsstellen, Wissenschaftlern und sonstigen Akteuren eine Konferenz über die Internet-Aktivitäten von Al Shabaab und damit in Zusammenhang stehende Websites veranstaltet werden, um einen besseren Überblick über deren Aktivitäten zu erhalten und unsere Überwachungstätigkeit zu verzahnen. Die EU und die USA sollten analysieren, wie sich Heimatüberweisungen auf die Region auswirken. Wir sollten untersuchen, ob ein Mechanismus erforderlich ist, um positive/legitime Heimatüberweisungen an die richtigen Menschen/Projekte in Somalia zu leiten, und wie er aussehen könnte.
- Der Dialog über Verfahren zur Meldung und Entfernung illegaler Internetinhalte erfordert erneutes Engagement des Privatsektors und von NRO.
- Die EU sollte die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit in ihren Dialog mit Drittländern über die Terrorismusbekämpfung strategisch einbeziehen; dies würde einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung der Radikalisierung leisten. Es sollte für den Aufbau von Kapazitäten zur Bekämpfung des Terrorismus unter Wahrung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit gesorgt werden.

## ***Herausforderung II: Verkehrssicherheit***

Die Paketbomben von Ende Oktober letzten Jahres und die Bombenanschläge in Moskau vom Januar dieses Jahres zeigen, dass Verkehrsmittel und der sie umgebende öffentliche Raum, wie die öffentlich zugänglichen Bereiche an Flughäfen, weiterhin im Fokus von Terroristen stehen. Jüngste Berichte über mögliche Anschlagpläne von Osama Bin Laden, die sich auf in Abbotabad gefundene Dokumente stützen, geben Anlass zur Annahme, dass Al-Qaida gezielte Anschläge auf Züge in den USA plante.

Ich begrüße die rasche Umsetzung des dem Bericht über die Erhöhung der Sicherheit von Luftfracht beigefügten Aktionsplans durch die Kommission: Die GD Mobilität und Verkehr erarbeitet einen Gesetzgebungsvorschlag für strengere Kontrollen von Luftfracht aus Drittländern mit einem hohen Risiko, und die GD Inneres stellt gegenwärtig einen ersten Rahmen und ein Verfahren zur Risikobewertung von Luftfracht auf.

Letzteres ist ein erstes konkretes Ergebnis des von der Kommission im Rahmen ihrer Strategie der inneren Sicherheit angekündigten Projekts zur Bewertung von Risiken auf der Grundlage von Bewertungen der Bedrohungslage durch das Lagezentrum, der von der Wirtschaft ermittelten Schwachstellen und der etwaigen Auswirkungen von terroristischen Anschlägen.

Wie aus dem von Vizepräsident Kallas und Kommissionsmitglied Malmström vorzulegenden Bericht hervorgehen wird, müssen andere Teile des Aktionsplan (insbesondere Teil 3 über den Informationsaustausch) von allen Mitgliedstaaten nach wie vor dringend umgesetzt werden: Austausch von bedrohungs- und risikorelevanten Informationen zwischen Luftsicherheit, Nachrichtendiensten, Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie zwischen diesen und der Wirtschaft; Standardprotokolle in jedem Mitgliedstaat zum raschen Informationsaustausch zwischen öffentlichen Behörden und Luftfahrtgesellschaften in Notfällen, um nur einige zu nennen.

### **Empfohlene Maßnahmen:**

- Ich bekräftige den Vorschlag aus meinem letzten Diskussionspapier, ein Forum politischer Entscheidungsträger und Experten des Verkehrs- und Sicherheitsbereichs einzuberufen, in dessen Rahmen die Bedrohung von Verkehrseinrichtungen erörtert und ein Aktionsplan im Hinblick auf einen besser integrierten Schutz aller Verkehrsmittel – insbesondere im Bereich Landverkehr – aufgestellt werden kann.

- Wir sollten unsere Forschungstätigkeiten ausbauen und die Lücken im Schutz der wichtigsten Komponenten der Landverkehrsinfrastrukturen und der öffentlichen Räume (wie Bahnhöfe und U-Bahnstationen in den Hauptstädten der Mitgliedstaaten, größere multimodale Knotenpunkte oder zentrale Verbindungsbahnhöfe) analysieren und sicherstellen, dass im künftigen 8. Rahmenprogramm die für den Ausbau der Tätigkeiten in diesem Bereich erforderlichen Mittel vorgesehen werden.
- Die Mitgliedstaaten werden nachdrücklich aufgefordert, die in Teil 3 des Aktionsplans zur Erhöhung der Sicherheit von Luftfracht vorgesehenen Maßnahmen unverzüglich umzusetzen.

### ***Herausforderung III: Sicherheitsforschung und eine einschlägige Politik für die Sicherheitsindustrie***

Die Sicherheitsforschung muss aus mindestens drei Gründen gefördert werden: sie trägt dazu bei, bessere Sicherheitslösungen zu entwickeln; sofern sie richtig konzipiert ist (Grundsatz des "eingebauten Datenschutzes"), trägt sie dazu bei, die Grundrechte besser zu schützen, und sie trägt dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Sicherheitsindustrie zu stärken. Im 7. Rahmenprogramm (2007-2013) ist für die Förderung der Sicherheitsforschung ein Betrag von 1,4 Mrd. EUR vorgesehen. Die Kommission hat das Europäische Forum für Sicherheitsforschung und Innovation (ESRIF) eingerichtet, von dem sie sich bei der Festlegung künftiger Forschungsprioritäten beraten lässt.

Weitere Anstrengungen sind erforderlich. Die europäische Sicherheitsindustrie ist nach wie vor ein stark fragmentierter Binnenmarkt und Europa ist in einigen Schlüsselbereichen mehr und mehr von Technologien aus den USA oder aus Asien abhängig. Der Dialog zwischen den Interessenvertretern auf der Nachfrage- und der Angebotsseite des Sicherheitssektors steckt sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene noch in den Kinderschuhen und die Synergieeffekte zwischen der zivilen Sicherheitsforschung im Rahmen des 7. Forschungsprogramm und der von der Europäischen Verteidigungsagentur betriebenen Verteidigungsforschung wurden bei weitem noch nicht maximiert.

Es ist an der Zeit, dass der Rat (Justiz und Inneres) sich mit dieser wichtigen Frage unter all ihren Aspekten befasst. Kommissionsmitglied Malmström hat im vergangenen Februar zusammen mit der Europäischen Organisation für Sicherheit (EOS) einen ersten hochrangigen Runden Tisch zum Thema Sicherheit veranstaltet. Vizepräsident Tajani bereitet derzeit eine Mitteilung über eine einschlägige Politik für die Sicherheitsindustrie im Jahr 2012 vor und die Kommission ist mit der Konzipierung des 8. Rahmenprogramms im Kontext des neuen mehrjährigen Finanzrahmens befasst. Im 7. Rahmenprogramm rangiert das Sicherheitsthema, was die finanzielle Ausstattung anlangt, an zweitletzter Stelle, und der Finanzbedarf hat die veranschlagten Mittel erheblich überstiegen. Die Sicherheit hat einen berechtigten Anspruch auf eine bessere Mittelausstattung im 8. Rahmenprogramm.

## **Empfohlene Maßnahmen:**

- Die Mitgliedstaaten – als Hauptkunden und -wissensträger – müssen am hochrangigen Runden Tisch zum Thema Sicherheit stärker beteiligt werden, damit bei der Ausarbeitung eines gemeinsamen europäischen Sicherheitsansatzes spezifische Sicherheitsbedürfnisse besser berücksichtigt werden können.
- Zwecks Verstärkung der Zusammenarbeit mit der Industrie und Integration der Wünsche und Bedürfnisse des öffentlichen Sektors in die industrielle Entwicklung werden die Mitgliedstaaten ersucht, auf nationaler Ebene Foren für den Austausch sensibler Informationen mit der Industrie einzurichten, die ihnen helfen, auf Sicherheits Herausforderungen (zum Beispiel im Bereich der Betreiber kritischer Infrastrukturen oder im Verkehrsbereich) zu reagieren.
- Die Mitgliedstaaten sollten die Definition und Umsetzung einer europäischen Politik für die Sicherheitsindustrie unterstützen, indem sie mittels Forschung und Innovation eine angemessene Reaktion auf Sicherheitsbedrohungen entwickeln.
- Zu diesem Zweck sollten wir Wege und Mittel finden, um die Fragmentierung in der Sicherheitsforschung zu verringern (z.B. durch verstärkte Standardisierung auf EU-Ebene). Ferner sollten wir auch Validierungsverfahren und Lösungsmöglichkeiten wie die Zertifizierung (in diesem Zusammenhang wäre das Konzept des EU-Sicherheitskennzeichens weiter zu prüfen) in Betracht ziehen.
- Eine engere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und eine strategische Planung des künftigen Bedarfs der Sicherheitsbehörden könnte durch ein besser koordiniertes Beschaffungswesen im Bereich der Sicherheitslösungen unterstützt werden. Auf diese Weise kann sich die EU mit besseren, billigeren und weiter entwickelten Sicherheitsprodukten ausstatten und innovative Lösungen vorantreiben.
- Die Einrichtung eines Europäischen Sicherheitsfonds, wie von der Kommission in ihrer Strategie der inneren Sicherheit vorgesehen, ist ein Schritt in diese Richtung.

## ***Herausforderung IV: CBRN***

Die EU hat eine ehrgeizige CBRN-Strategie mit einem entsprechenden Aktionsplan verabschiedet und die Kommission (insbesondere die GD Inneres) leistet exzellente Arbeit im Zuge der Umsetzung. Dies ist eine gute Grundlage für eine robuste Reaktion der EU auf die CBRN-Bedrohung und für das Kennenlernen bewährter Verfahrensweisen in den Mitgliedstaaten. Gleichwohl müssen wir uns in erster Linie weiter der Umsetzung widmen. Die GD Inneres verfügt über Mittel zur Finanzierung von Projekten, die in den Mitgliedstaaten zum Aufbau von Kapazitäten zur CBRN-Bekämpfung durchgeführt werden; diese Mittel werden derzeit nur in geringem Umfang genutzt. Außerdem nehmen nicht alle Mitgliedstaaten an CBRN-Sitzungen teil. Die Finanzierung der im Aktionsplan festgelegten Forschungsprioritäten aus dem Forschungsrahmenprogramm ist angelaufen und viele Anträge können positiv beschieden werden. Die für die Verwaltung der Sicherheitsforschung zuständige GD Unternehmen und Industrie schlägt auch vor, im Rahmen ihres nächsten Aufrufs zur Einreichung von Vorschlägen im Juli ein groß angelegtes CBRN-Demonstrationsprogramm einzuleiten.

Was die Außenbeziehungen betrifft, so stellt die EU aus einer ganzen Reihe verschiedener Quellen (insbesondere Stabilitätsinstrument, GASP-Haushalte und Forschungsrahmenprogramm) beträchtliche Mittel für die technische Unterstützung von Drittländern bereit. Im Rahmen des Programms für Sicherheitsforschung wurde bereits damit begonnen, das Stabilitätsinstrument über Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen und über seine Komponente der internationalen Zusammenarbeit zu unterstützen. Es sollten unverzüglich weitere Schritte unternommen werden, in Bezug auf die einzelnen Hilfsinstrumente, einschließlich des GASP-Haushalts, einen stärker integrierten strategischen Ansatz zu befolgen. Im Rahmen des Stabilitätsinstruments sind die EU und UNICRI derzeit damit befasst, eine Reihe regionaler CBRN-Exzellenzzentren einzurichten, mit denen eine regionale Unterstützungsplattform für CBRN-Risikominderung geschaffen werden soll, die den gesamten Zyklus der Aktivitäten – von der Bedarfsanalyse über die Projektimplementierung bis zur Projektüberprüfung – abdeckt, von einem Ständigen Sekretariat unterstützt wird und einen umfassenden Ansatz im Hinblick auf den Aufbau nationaler und regionaler Kapazitäten und die Bildung nationaler und regionaler Netzwerke verfolgt.

### **Empfohlene Maßnahmen:**

- Die Mitgliedstaaten werden ermutigt, sich aktiver an der Umsetzung des CBRN-Aktionsplans zu beteiligen, die CBRN-Finanzmittel der GD Inneres zu nutzen und regelmäßig an CBRN-Sitzungen teilzunehmen.

- Die EU sollte untersuchen, welche Möglichkeiten es gibt, um mehr interessierte Drittländer in unsere CBRN-Aktivitäten einzubeziehen.
  - Wann immer möglich, sollten die Ergebnisse von Forschungsprojekten den relevanten Arbeitsgruppen mitgeteilt werden, damit sie in der Politikgestaltung der EU stärker zum Tragen kommen.
  - Die EU sollte weitere Schritte unternehmen, um einen stärker integrierten strategischen, kohärenten und rationellen Ansatz in der externen CBRN-Hilfe zu erreichen. Dementsprechend sollten die Zusammenarbeit und die gemeinsame strategische Planung zwischen den verschiedenen Akteuren im Rahmen der einzelnen EU-Instrumente, einschließlich Terrorismusbekämpfung, Nichtverbreitung und Forschung, verstärkt werden. Es könnte untersucht werden, wie sich die CBRN-Exzellenzzentren am besten nutzen lassen, um die CBRN-Hilfe der EU in pragmatischer und umfassender Weise zu kanalisieren.
-